

PRESSEMITTEILUNG

Brüssel, den 09.05.2012

Winkler fordert Zahlungsstopp der Griechenlandhilfen / Solidarität ist keine Einbahnstraße

Nach den Wahlen in Griechenland und Frankreich warnt der sächsische Europaabgeordnete Hermann Winkler vor einer Aufweichung der EU-Auflagen für Schuldenstaaten. Mit Blick auf Griechenland fordert Winkler die Bundesregierung auf, weitere Finanzhilfen bis zur Bildung einer arbeitsfähigen Regierung einzufrieren. „Der mit der Regierungsbildung beauftragte Politiker Alexis Tsipras hat die Aufkündigung des Sparprogramms zur Voraussetzung für Sondierungsgespräche gemacht. In dieser Situation dürfen wir keine zusätzlichen Risiken eingehen und müssen die Auszahlung der Tranchen vorerst stoppen. Sollte sich eine künftige Regierung in Griechenland nicht zu Sparmaßnahmen und Strukturveränderungen bekennen, dürfen endgültig keine Gelder mehr fließen. Entscheiden sich die griechischen Wähler in einer eventuellen Neuwahl letztlich gegen EU und Euro, dann müssen sie mit den Folgen leben. Meine Geduld ist allmählich am Ende – Solidarität ist keine Einbahnstraße.“

Zudem kritisierte Winkler die vollmundigen Ankündigungen des neuen französischen Präsidenten Francois Hollande als wenig hilfreich. „Rente mit 60 und höhere Staatsausgaben auf Pump sind in der derzeitigen Staatsschuldenkrise der falsche Weg. Sollte diese Politik Frankreich in Zahlungsschwierigkeiten bringen, darf der deutsche Steuerzahler nicht auch noch für die Wahlversprechen Präsident Hollandes gerade stehen müssen.“

Die Politik der Entschuldung und Strukturreformen müssen konsequent fortgeführt werden. Die Rente mit 67, Lohnzurückhaltung in schlechten Zeiten, flexible Arbeitsmärkte - Deutschland hätte gezeigt, dass dieser Weg letztlich zum wirtschaftlichen und sozialen Erfolg führe. Es gäbe keine Alternative zu den nötigen Anpassungen.